

448. Brexit mit Boris Johnson

Oder doch splendid Isolation?

Vorbemerkung

Was hatte man georakelt, wie knapp das ausfallen würde und die Nation auf der Insel sei doch gespalten und nun das, Boris marschiert geradewegs durch! Das muss hinterfragt werden und ebenso was Kontinentaleuropa zu diesem Ergebnis beigetragen hat. Und natürlich untersucht werden, wie/was weiter!

Grossbritanniens EU-Gefühl

Ganz vorweg, Grossbritannien und die EU, das war nie eine Liebesheirat, im besten Fall eine Zweckgemeinschaft auf Zeit. Während die EU schon von Anfang an auf einen Staatenbund abzielte, war den Briten alles höchst suspekt was nur etwas über einen Freihandelsvertrag hinausging.

Einer Idee, sich mit Haut und Haaren in einen neuen Staatenbund einzubringen, würden die Insulaner jederzeit eine klare Abfuhr erteilen, da sind sie wie die Schweiz!

Da die EU zurzeit immer noch unbeirrt die totale Integration anstrebt, wird sich in Grossbritannien wie auch bei uns immer eine Mehrheit gegen solche Pläne auflehnen. Das ist schliesslich der Grund, warum früher oder später jede EU-Mitgliedschaft der Briten zum Scheitern verurteilt gewesen wäre.

Vielleicht wird es ja mit Ursula von der Leyen nun besser, der aufgestaute Reformbedarf bei der EU ist jedenfalls fast unendlich bzw. gigantisch.

Der Entscheidungsweg der Briten

Wir hatten zuletzt im November 2018 dieses Thema aufgenommen und zuvor gewarnt, die Briten mit einem Würgevertrag für ihr Vorhaben zu bestrafen. Da solcherlei gerade Unentschlossene direkt in die Arme der Befürworter treiben würde. Aber blenden wir kurz zurück, wie es überhaupt dazu kam:

Schon 1963, also ganz zu Beginn der EWG bzw. EG hatten die Briten einen Beitrittsantrag gestellt, was aber durch Frankreich auf besonderen Druck von General Charles de Gaulle abgelehnt wurde. Er stellte sich wohl eine bessere Positionierung der «Grande Nation» ohne die Insel vor, wobei ebenso gilt, dass man wusste, dass die Briten einen ganzen Strauss an Spezialbedingungen an eine Teilnahme knüpfen würden.

Tatsächlich gelang es den Briten weit bessere Bedingungen auszuhandeln und per 1. Januar 1973 waren sie dann dabei. Bereits am 5. Juni 1975 musste das Volk diesen Entscheid bestätigen, was es dann mit 67,2 % auch tat.

Die weitere Entwicklung der EU, insbesondere die immer stärkere Einbindung aller Teilnehmer in einen kompakten Staatenbund, fand schon von Anfang an wenig Befürworter im Inselreich, gleich ob nun Labour oder die Tories das Land regierten.

Deshalb versprach 2014 der konservative Premier Cameron, dass Grossbritannien eine Reformierung der EU anstossen würde und dabei vor allem die Zuwanderung neu zu ordnen sei, mit diversen Beschränkungen. Das Ganze sollte auf das hinauslaufen, dass die Briten das selber regeln würden (siehe Schweiz mit der Personenfreizügigkeit). Dies nebst anderen wirtschaftlichen und währungspolitischen Anliegen. Zusätzlich würde dann das Volk mit einem Referendum bis spätestens 2017 befragt.

Eher nebulös orientierte Cameron dann, dass die Wünsche der Briten weitgehend von der EU erfüllt würden, was so natürlich nicht stimmte. Er erreichte lediglich kleine Lockerungen für temporäre Situationen (siehe Schweiz Notklauseln), die aber immer auch gegenseitig abgestützt und eben nur zeitlich begrenzt waren. Es waren grundsätzlich zum Schluss nur noch sozialpolitische Zugeständnisse für die EU-Zuwanderer und diese auch noch sehr begrenzt, welche als echtes Resultat von den Bemühungen Camerons übrigblieben. Inzwischen war von verschiedenen Seiten der Druck auf Cameron immens gewachsen, erstens endlich das Referendum durchzuführen und zweitens grundsätzlich der EU den Rücken zu kehren. Mutig glaubte er nun zumindest was die Ausgestaltung des Referendumsakts selber anbelangte, das Volk mit einem Ja zur EU an seiner Seite zu wissen und so dann gegenüber der EU für die weiteren Verhandlungen eine gestärkte Position zu haben, «seht her, mit mir geht es, also lasst mich nun nicht hängen».

Er war sich da aber zu sicher und musste mit Schrecken dann erleben, dass die Briten ihm – der ja nicht austreten wollte! – am 23. Juni 2016 mit 51,9 % nicht folgten und für BREXIT stimmten bei 72 % Stimmbeteiligung.

Nach seinem Rücktritt übernahm Theresa May das Dossier Brexit, teilte per 30. März 2019 den Austritt der Briten der EU mit und versuchte nun im Eiltempo mit dem Staatenbund einen sauberen Scheidungsvertrag zu erreichen. Leider erwies sich die EU besonders unter Junker aber auch deutschem und französischem Druck wenig beweglich, dem austrittswilligen wichtigen Mitglied GB – zweitgrösster Nettozahler und Wirtschaftsfaktor – mit gewissem Entgegenkommen zu helfen, um vielleicht doch zu verbleiben.

Im Gegenteil, man führte einen Rosenkrieg: die Insel sollte empfindlich büssen, dass sie das «falsche» tat und weg von der EU wollte. Neben grossen «Austritts- bzw. Abgeltungszahlungen» an die EU standen vor allem Knebelparagraphen im Raum, um die Zweiteilung Irlands mit der Grenze Irland zu GB/Nordirland zu lösen.

Theresa May brachte das erreichte Vertragswerk, welches die EU frech als das grösstmögliche Entgegenkommen pries, während es britischen Kritiker als einen Sklavenvertrag verhöhnten, nicht verwunderlich, nicht durchs Parlament. Im April 2017 verkündete May überraschend Neuwahlen, in der Hoffnung, mit diesem Befreiungsschlag die Basis mit mehr folgsamen Tories erweitern zu können. Das Gegenteil geschah, die Tories verloren die absolute Mehrheit. May musste an Boris Johnson übergeben, der am 24. Juli 2019 als Premier übernahm.

Johnson stammt aus einer für die englischen Oberschicht typischen Familie, die seit Generationen schon in politische Ämter eingebunden und auch international vernetzt ist, nebst verwandtschaftlichen Verbindungen quer durch den englischen und europäischen Adel. Zuvor als Bürgermeister von London war er beliebt und auch sehr populär und galt als einer der Brexit-Befürworter der ersten Stunde. Auf der einen Seite quälte er das bestehende Parlament mit dutzenden Anträgen, welche zum Teil sogar der Supreme Court ausbremste. Daneben gelang es ihm von der EU doch kleine Nachbesserungen zu erreichen. Trotzdem konnte er keine Mehrheit über die Parteigrenzen hinweg finden.

Labour, vom sturen Jeremy Corbyn geleitet, strebte während den Bemühungen Premier Johnsons Neuwahlen an, was diesem durchwegs gelegen kam. Seine Einschätzung war, dass die Briten endlich eine Entscheidung wollten und nach der langen Zeit mehrheitlich Brexit, einfach nur raus. Die EU hatte die Austrittsfrist nochmals verlängert auf den 31. Januar 2020.

Die Neuwahlen vom 12. Dezember 2019 brachten dann die Sensation: Johnson erreichte im Unterhaus die absolute Mehrheit mit einer Reserve von 39 Sitzen, also eine bequeme Basis um nun auch mit einigen Unzufriedenen in den eigenen Reihen durchregieren zu können.

Das Resultat von Labour ist so tief wie seit 1935 nicht mehr!

Ob die Schotten ihrerseits tatsächlich dann raus aus Grossbritannien wollen bleibt abzuwarten. Entscheidend wird der neue EU-Vertrag nach dem Austritt sein, ob das den Schotten gefällt oder nicht, die immerhin auf den meisten Erdölquellen der Insel sitzen!

Wieso entschieden die Briten sich so krass für die Tories bzw. Johnson?

Wie vieles in der parlamentarischen Mehrheitsdemokratie hat auch dieses Kind verschiedene Eltern:

- Ein Grossteil der Tories selber sieht tatsächlich einen eigenen britischen Weg als die bessere Variante an, als weiter mit der EU.
- Auch in den Reihen der Labourwähler wollten viele nur noch raus.
- Der farblose Labourführer Corbyn wusste keine brauchbaren Alternativen einzubringen, ausser einer Verlängerung der BREXIT-Agonie.
- So haben viele Labouranhänger eher contre Coeur nicht für die Tories aber eben doch Johnson gestimmt.
- Und schliesslich war die EU selbst, mit ihren Nationen und Exponenten keine Hilfe, sondern zeigte eher ein abstossendes Gesamtbild auf: Der zunehmend desolate Zustand der einzelnen EU-Nationen wie Spanien mit den Katalanen, Frankreich mit Gelbwesten sowie Dauerstreiks und Deutschland mit Parteien die sich sechs Monate mit sich selber beschäftigen oder unregierbaren Bundesländern hat keine grosse Lust ausgelöst, unbedingt weiterhin diesem Verein angehören zu wollen.
- Uneinigkeit in EU-Flüchtlings- und Wirtschaftsfragen oder fehlender Geschlossenheit auf dem internationalen Parkett, denkt man an China und die USA. Und dann merkt man auch schnell, dass der ganze EU-Osten nur mitschwimmt, solange die Kasse noch stimmt.
- Vor allem wollten die meisten Briten nur eines, sich endlich wieder dem Tagesgeschäft widmen zu können und nicht jeden Tag Brexit-Fragen wälzen zu müssen.
- Und zusätzlich unterschätzten die Kontinentaleuropäer wieder einmal typisch die britische Befindlichkeit: splendid Isolation.

Der Ausspruch «Splendid Isolation» wird fälschlicherweise vom Kontinent oft nur als eine comedyreife Beschreibung der Briten angesehen.

Dabei ist es das tatsächliche Gefühl der Insulaner, seit Wilhelm der Eroberer bei Hastings am 28. September 1066 den letzten angelsächsischen König Harald II. besiegte und tötete. Sie sind eine Insel und mussten sich immer wieder gegen die Eroberungsversuche vom Kontinent her wehren, seien es nun die Römer oder zuletzt die Nazis gewesen.

In diesem Sinne fehlt es dieser doch immer noch bedeutenden See- aber auch Atommacht nicht am nötigen Selbstvertrauen und auch Zuversicht, ihre Dinge eben auch selber zu ordnen.

Und nicht zuletzt gehört zu diesem Selbstverständnis auch die Organisation des Commonwealth of Nations, gegründet 1931. Darin sind 53 Nationen mit rund 2 Milliarden Menschen, rund 30 % der Weltbevölkerung in einem losen Staatenverbund zusammengeschlossen.

Mit dem Ziel, trotz völliger Selbstständigkeit sich gegenseitig beizustehen, besonders natürlich in wirtschaftlichen Belangen. Die Existenz dieser «alten» Einrichtung, in der die alten Seilschaften immer noch bestehen oder auch immer wieder neu verknüpft werden, wird vom Kontinent meist völlig «vergessen» bzw. unterschätzt.

Und ganz zum Schluss sind die Briten auch weit leidensfähiger als die meisten ihrer europäischen Nachbarn.

Was hat aktiv Europa, die EU zum Briten-Entscheid beigetragen?

Zunächst müsste man annehmen, dass die EU-Kollegen nach dem Referendum von 2016 den Entscheid der Briten bedauert hätten und sich überlegten, wie man den Insulanern das Verbleiben doch noch schmackhaft machen könnte! Nichts von dem: man ging sofort auf Konfrontationskurs, beschimpfte die Briten, wie man quasi so dumm sein könne zum ersten, pries die EU als das einzig Richtige und basta. Um gleich noch nachzureichen, was der Preis für solches Fehlverhalten sei und dass man die Insel nach dem Austritt als absolutes Drittland behandeln würde, mit allen Konsequenzen.

Dabei blieben die Triaden nicht nur auf die Politiker beschränkt, die es allesamt nicht unterlassen konnten, den Entscheid der Briten als Fehler, Irrtum, Fehlverhalten bis zu Dummheit zu brandmarken.

Statt wenigstens im Ansatz neutral zu berichten, bliesen die Medien - besonders Deutschlands - ins genau gleiche Horn. Kein Sender, kein Kanal und kein Programmgefäß, wo man nicht laufend Berichte über Inselbewohner vorgelesen bekam, welche den Brexit bedauerten und den Weltuntergang voraussahen.

Peinlich wurde es dann, wenn immer wieder gebohrt wurde, man müsste doch nochmals abstimmen lassen, inzwischen wären doch ganz neue Fakten bekannt geworden, welche die EU-Mitgliedschaft der Briten in einem neuen Licht erscheinen liessen. Bebildert stets mit Demo-Bildern von EU-Befürwortern.

Dazu wurden noch Politiker jeder Couleur vor die Kamera bemüht, welche den Briten gut zusprachen, endlich das Richtige zu tun.

Bei so viel Druck von Dritten, ist es dann nicht verwunderlich, wenn die Tories bzw. Johnson nun quasi einen Freibrief erhalten haben. Dabei war das Getue der Nachbarn nur dem Umstand geschuldet, dass man damit hoffte, Betroffene für sein eigenes, «richtiges» Projekt zu finden und auch zu begeistern.

Leider ist solches Verhalten nicht nur betriebsblind und dumm, sondern auch gefährlich. Mit einem solchen sich Verschliessen vor den Tatsachen hatten die Deutschen schon einmal in der Geschichte die Voraussetzung geschaffen, die dann dem Nationalsozialismus den Weg ebnete.

Und gerade die EU ist solchem Verhalten nun schon oft erlegen!

Trotz der sturen Verweigerung, es darf nicht sein was nicht sein darf

- **haben die Amerikaner die Präsidentschaft Trump gewählt,**
- **sind die Deutschen in die Nichtregierbarkeit des Bundeslandes Freistaat Thüringen geschlittert,**
- **erleben wir den Untergang der etablierten Parteien und müssen**
- **das explosive Wachstum der AfD zur Kenntnis nehmen und**
- **Europa die Bestätigung des Brexits durch die Briten.**

Eine der Tatsachen, die immer wieder vergessen geht ist der Umstand, dass das Fussvolk auch in einer fortschrittlichen Demokratie ganz demokratisch manchmal den Vorstellungen ihrer Leader eine absolute Abfuhr verpasst, ob zu Recht oder auch nicht.

**Wehe dem, der dann keinen Plan B oder C auf Lager hat!
Was folgt jetzt oder sollte folgen?**

Als nächsten Schritt hat Johnson am 20. Dezember 2019 das Trennungsabkommen problemlos durch das neue Parlament geschoben. Und jetzt hat er Zeit bis Ende 2020 für eine Neuregelung der Beziehungen mit der EU:

Das ist mehr als knapp, aber trotzdem machbar, vieles kann man anders konzertiert von den alten EU-Verträgen übernehmen.

Man kann nur hoffen kann, dass die EU nach dem Brexit sofort wieder die Hand ausstreckt, um diesen absolut wichtigen Partner für Europa wieder wenn auch unter anderen Eckpunkten in den Verbund einzubinden.

Hier könnte die Erweckung der EFTA für die Briten oder auch das Aufwärmen des EWR für beide Seiten durchaus hilfreich sein.

Auf jeden Fall muss die EU sehr schnell lernen, auch einem Nicht- oder Nichtmehrmitglied auf Augenhöhe zu begegnen und zwingend endlich eine Version Light anbieten!

Und was bedeutet das für die Schweiz?

Mit Grossbritannien hatten wir einen BREXIT-Fall bereits vertraglich zuvor geregelt. Mit der EU wird das für unseren Rahmenvertrag kaum zusätzlichen Druck auslösen, es aber auch nicht einfacher machen.

Es wird sehr darauf ankommen, wie sich die Briten mit der EU für die Zukunft einigen. Vielleicht wird man nun bei der EU wach und versucht noch zu retten was zu retten ist, mit einem schlanken, grosszügigen Freihandelsabkommen.

Eine vernünftige flächendeckende europäische Aussenpolitik ist auf die Dauer ohne die Briten nicht zu machen. Dazu muss aber nicht zwingend ein kompletter, integrierter Staatenbund mit den Briten und anderen Europäern als Mitglieder vorhanden sein.

Wirtschaftlich ist eine enge Zusammenarbeit in Europa unabdingbar. Es liegt nun bei der EU, Möglichkeiten zu schaffen, dass mittels EWR, EFTA oder sonst einem Konstrukt auch nicht völlig EU-Anschlusswillige oder andere Dritte ihren Weg finden können, auch zum Vorteil der EU.

Zu guter Letzt:

Es gab auch valablen Handel und Gütertausch in Europa vor den ersten EU-Verträgen. Und interessanterweise ist das Britische Pfund nach Bekanntgabe des Sieges von Johnson geradezu hochgeschneilt, auch die Börse hat frohlockt. So schlimm kann es also nicht sein, wenn diese empfindlichen Indikatoren da schon wieder Zuversicht versprühen!